

# Wirtschaft im Wandel

1/2020

2. Juni 2020, 26. Jahrgang



Reint E. Gropp **S. 03**

## **Kommentar: Das Corona-Dilemma**

A. Diegmann **S. 04**  
Aktuelle Trends: Entwicklung  
der Firmengründungen  
in Deutschland

M. Brachert, E. Dettmann, M. Titze **S. 05**  
Zu den betrieblichen Effekten der  
Investitionsförderung im Rahmen der  
deutschen Regionalpolitik

S. Thies **S. 09**  
IWH-Transferstagung „Europas Finanz-  
markt: Zwangsehe oder lose Bekannt-  
schaft?“

## Inhaltsverzeichnis

- 03**    Kommentar: Das Corona-Dilemma  
         Reint E. Gropp
  
- 04**    Aktuelle Trends: Entwicklung der Firmengründungen in Deutschland  
         André Diegmann
  
- 05**    Zu den betrieblichen Effekten der Investitionsförderung im Rahmen der deutschen Regionalpolitik  
         Matthias Brachert, Eva Dettmann, Mirko Titze
  
- 09**    IWH-Transfertagung „Europas Finanzmarkt: Zwangsehe oder lose Bekanntschaft?“  
         Sithara Thies
  
- 12**    Meldungen
  
- 13**    Veranstaltungen
  
- 15**    Publikationen
  
- 17**    Diskussionspapiere
  
- 17**    Pressemitteilungen
  
- 18**    Das IWH in den Medien
  
- 19**    Personalien

## Das Corona-Dilemma

Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle




Die Politik steht zurzeit vor einem scheinbar unlös-  
baren Dilemma. Einerseits sollen die Infektionszahlen  
niedrig gehalten werden: um die medizinische Infra-  
struktur nicht zu überfordern, und weil in Abwesen-  
heit einer wirkungsvollen Behandlung Menschenleben  
gerettet werden sollen. Andererseits wäre aber die  
Ansteckung großer Teile der Bevölkerung (jünger als  
60 Jahre und ohne Vorerkrankungen) vielleicht sogar  
erstrebenswert, weil die Symptome bei dieser Gruppe  
ohnehin kaum bis gar nicht wahrnehmbar sind und  
durch sie eine Herdenimmunität entstehen würde, die  
systematisch Infektionsketten unterbrechen könnte.

Und zu Recht ist man besorgt, was eine Verlängerung  
der Maßnahmen wie Social Distancing, die Schließung  
von Restaurants und Hotels sowie andere Aspekte des  
Lockdowns für die Wirtschaft bedeuten würde. Schon  
jetzt, mit relativ optimistischen Annahmen die Erho-  
lung betreffend, prognostizieren wir, dass die Wirt-  
schaft in diesem Jahr um rund 10% einbricht und erst  
2022 wieder das Niveau vom Februar 2020 erreicht hat,  
was der schwersten Rezession der Nachkriegszeit ent-  
spräche. Und selbst bei dieser Vorhersage unterstellen  
wir noch, dass die Maßnahmen nicht verlängert wer-  
den, dass es keine zweite Welle von Infektionen gibt  
und dass die Aufholeffekte schon im Herbst 2020 die  
Wirtschaft stark antreiben. Dabei sollte man nicht ver-  
gessen, dass dieser Einbruch trotz eines riesigen Pa-  
kets aus direkten Transferzahlungen an kleine Unter-  
nehmen, Kreditgarantien für mittlere und größere  
Unternehmen sowie einer deutlichen Erleichterung  
beim Beantragen von Hartz IV erfolgen wird. Wir  
schätzen, dass der Schuldenstand Deutschlands sich  
innerhalb weniger Monate von 60% auf 75% des Brutto-  
inlandsprodukts erhöhen wird. Solch einen rapiden  
Anstieg der Staatsschuldenquote hat es seit dem Zwei-  
ten Weltkrieg noch nie gegeben.

Auswege aus dem Dilemma führen über die Entwick-  
lung einer wirkungsvollen Therapie, eine flächen-  
deckende Impfung oder über flächendeckende Tests.  
Basierend auf den derzeit vorliegenden Informationen  
ist sowohl mit einer Therapie als auch einem Impfstoff  
erst in einigen Monaten zu rechnen, womöglich dauert  
es länger. In meinen Augen einfach zu lange, um bis

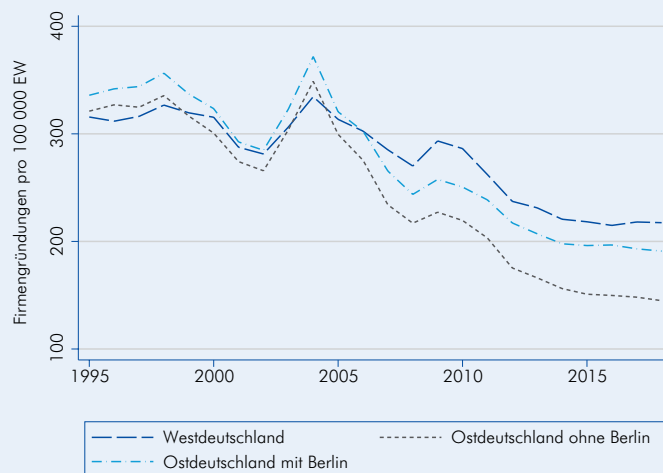
dahin die Infektionen auf dem gegenwärtig niedrigen  
Stand zu halten. Die wirtschaftlichen Konsequenzen  
eines weiter andauernden Shutdowns wären drama-  
tisch. Was es allerdings schon jetzt gibt, sind Tests.  
Diese auszuweiten wäre teuer, aber möglich und deut-  
lich billiger, als ein weiteres Rettungspaket für die ge-  
samte Wirtschaft aufzulegen. Mit flächendeckenden,  
regelmäßigen Tests, die die Menschen selbst anwen-  
den, könnten große Teile der Bevölkerung wieder zur  
Arbeit gehen, Restaurants oder sogar Bars besuchen –  
es könnte schlichtweg wieder Normalität einkehren.  
Dabei spielt es in meinen Augen keine Rolle, ob man da-  
bei auf Freiwilligkeit setzt, auf eine App, bei der das Er-  
gebnis stichprobenartig kontrolliert würde, oder einen  
anderen Ansatz. Masken in der Öffentlichkeit wären  
überflüssig. Die Geisteratmosphäre, die wir gegenwärtig  
vor allem in den Städten beobachten, würde ver-  
schwinden, und das Konsumverhalten der Menschen  
könnte sich wieder normalisieren. Gleichzeitig müs-  
sten Risikogruppen systematisch identifiziert und iso-  
liert werden. Die Lockdown-Maßnahmen würden nicht  
mehr undifferenziert alle Menschen betreffen, sondern  
eine relativ kleine Gruppe, die einem deutlich höheren  
Mortalitätsrisiko ausgesetzt ist.

Es ist gut nachvollziehbar und richtig, dass die Politik  
einem Menschenleben keinen ökonomischen Wert zu-  
messen möchte und sich weigert, den wirtschaftlichen  
Wohlstand der Gesellschaft gegen Todesfälle aufgrund  
des Virus aufzurechnen. Trotzdem ist der gegenwärtige  
Weg nicht nachhaltig. Politiker sollten nicht ein-  
seitig auf Infektionszahlen schauen, sondern das Ge-  
samtbild im Auge behalten. Nur so können wir aus der  
gegenwärtigen Krise einigermaßen unbeschadet her-  
auskommen. Es ist höchste Zeit für eine nachhaltigere  
Politik im Umgang mit dem Virus. 

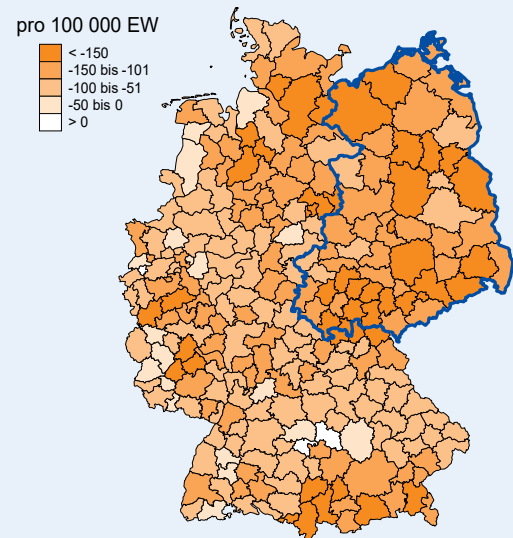
# Aktuelle Trends: Entwicklung der Firmengründungen in Deutschland

André Diegmann

Firmengründungsrate




Veränderung 2000 bis 2018



Anmerkung: Die linke Abbildung zeigt die Anzahl der Unternehmensgründungen pro 100 000 Einwohner (EW) für Ost- und Westdeutschland zwischen 1995 und 2018. Die rechte Abbildung zeigt die Veränderung der Unternehmensgründungen pro 100 000 Einwohner zwischen den Jahren 2000 und 2018 auf der Ebene der 257 Arbeitsmarktregionen.

Quellen: Mannheimer Unternehmenspanel; Darstellung des IWH.

Das Produktivitätswachstum in entwickelten Volkswirtschaften hat sich in den letzten Jahren deutlich verlangsamt. Ein Indikator für die wirtschaftliche Dynamik in einer Volkswirtschaft ist die Firmengründungsaktivität. Wenn neue Ideen entstehen, kann dies in eine zunehmende Gründungsaktivität münden und so positiv auf die Produktivitätsentwicklung wirken. Die linke Abbildung zeigt für Ost- und Westdeutschland, wie sich die Zahl der Firmengründungen je 100 000 Einwohner zwischen den Jahren 1995 und 2018 entwickelt hat. Ende der 1990er Jahre lagen die Gründungsrate noch bei rund 330 Neugründungen pro 100 000 Einwohner. Bis zum Jahr 2018 sank die Rate in Ost- wie in Westdeutschland um mehr als 100 Neugründungen pro 100 000 Einwohner. Der negative Trend ist insbesondere ab dem Jahr 2004 deutlich sichtbar und in Ostdeutschland stärker ausgeprägt. Beim Vergleich der Verläufe in Ostdeutschland mit und ohne Berlin zeigt sich zudem eine divergierende Entwicklung seit dem Ende der 2000er Jahre, während die Gründungsrate zuvor parallel verliefen. Die rechte Abbildung zeigt die Veränderung der Gründungsrate zwischen den Jahren

2000 und 2018 auf Ebene der Arbeitsmarktregionen. Je dunkler die Farbe, desto größer der Rückgang der Unternehmensgründungen. Die rückläufige Entwicklung ist mit Ausnahme von drei Regionen flächendeckend zu beobachten. Die Karte zeigt, dass ein großer Teil der ostdeutschen Arbeitsmarktregionen überdurchschnittlich hohe Rückgänge aufweist. Zu beachten sind hierbei die etwas höheren Gründungsrate zu Beginn des Analysezeitraums, die jedoch durch Berlin getrieben sind. Die Gründungsrate von Ostdeutschland ohne Berlin verlaufen zwischen den Jahren 1995 und 2000 auf ähnlichem Niveau wie die westdeutschen. Deutliche Rückgänge sind zudem in Teilen des Ruhrgebiets, im Norden und an der südlichen Landesgrenze zu beobachten. Diese Entwicklung kann langfristige Auswirkungen auf die Prosperität der Regionen haben und negativ mit der Innovationsintensität und sozialen Mobilität einhergehen. 

Dr. André Diegmann

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

[Andre.Diegmann@iwh-halle.de](mailto:Andre.Diegmann@iwh-halle.de)

# Zu den betrieblichen Effekten der Investitionsförderung im Rahmen der deutschen Regionalpolitik

Matthias Brachert, Eva Dettmann, Mirko Titze

Die Wirtschaft in den Industrieländern unterliegt einem ständigen Anpassungsdruck. Wichtige aktuelle Treiber des Strukturwandels sind vor allem die Globalisierung, der technologische Fortschritt (insbesondere durch Digitalisierung und Automatisierung), die Demographie (durch Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung) und der Klimawandel. Von diesem Anpassungsdruck sind jedoch die Regionen in Deutschland sehr unterschiedlich betroffen. Regionalpolitik verfolgt das Ziel, Regionen bei der Bewältigung des Strukturwandels zu unterstützen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Regionen, die ohnehin durch Strukturschwächen gekennzeichnet sind. Die aktuelle Regionalförderung in Deutschland basiert im Wesentlichen auf der Förderung von Investitionen von Betrieben und Kommunen. Die Evaluierung dieser Programme muss integraler Bestandteil der Regionalpolitik sein – schließlich stellt sich immer die Frage nach einer alternativen Verwendung knapper öffentlicher Mittel. Eine Pilotstudie für Sachsen-Anhalt zeigt, dass die im Rahmen der Regionalpolitik gewährten Investitionszuschüsse einen positiven Effekt auf Beschäftigung und Investitionen der geförderten Betriebe haben; bei den Investitionen allerdings nur für die Dauer des Projekts. Effekte der Förderung auf Umsatz und Produktivität von Betrieben in Sachsen-Anhalt waren nicht nachweisbar.

*JEL-Klassifikation: A11, D61, H20, Z0*

*Schlagwörter: gleichwertige Lebensverhältnisse, Strukturwandel, Evaluation, Regionalpolitik, GRW*

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland bildet der Ausgleich regionaler Disparitäten einen festen Bestandteil ihrer Wirtschaftspolitik. Die normative Begründung für Regionalpolitik ist im Artikel 72 Absatz 2 Grundgesetz mit der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ verankert. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt die Politik eine ganze Reihe von Instrumenten ein. Hierzu gehören etwa die Umverteilungsmechanismen in den öffentlichen Finanzsystemen (Länderfinanzausgleich, kommunaler Finanzausgleich), die sozialen Sicherungssysteme, die Transferzahlungen an die privaten Haushalte sowie die Förderung der Wirtschaft in strukturschwachen Regionen.<sup>1</sup>

Zum letztgenannten Bereich zählt das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Im Rahmen der GRW können sich Unternehmen (und Kommunen) in strukturschwachen Regionen um Zuschüsse für Investitionsprojekte bewerben.

Grundanliegen der GRW-Förderung ist die Schaffung von zusätzlichen Einkommensquellen, um das Gesamteinkommen in der Region, in der der begünstigte Betrieb seinen Standort hat, unmittelbar und auf Dauer nicht unwesentlich zu erhöhen.

Für die Politik ist es von erheblicher Bedeutung, Kenntnis über die Wirkungen derartiger Programme zu erlangen. Die GRW nimmt hier eine Vorreiterrolle ein, da ihre Genehmigung durch die EU-Behörden nur möglich war, weil die Bundesregierung zugesichert hat, dieses Förderprogramm auf Basis eines Kontrollgruppensdesigns zu evaluieren.<sup>2</sup> Die Anwendung derartiger Analysemethoden entspricht dem internationalen State of the Art der Wirkungsforschung.<sup>3</sup>

1 Vgl. Kilper, H.; Rosenfeld, M. T. W.: Gegenstand, Wirkungsweise und Begründung der interregionalen Ausgleichspolitik, in: M. T. W. Rosenfeld, B. Alecke, P. Franz, G. Heimpold, H. Kilper, K. Kunkel, G. Untiedt, S. Zillmer (Hrsg.): Interregionale Ausgleichspolitik in Deutschland: Untersuchungen zu den Effekten ausgewählter Systeme zur Herstellung von „gleichwertigen Lebensverhältnissen“. IWH-Sonderhefte 2/2007, Halle (Saale) 2007, 32–40.

2 Vgl. Europäische Kommission: Staatliche Beihilfe SA.39460 (2014/N) – Deutschland – Evaluierungsplan für nach der Gruppenfreistellung freigestellte umfangreiche Beihilferegelung „Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Gewerbliche Wirtschaft“. C(2015) 1349 final. Brüssel, 24.02.2015.

3 Vgl. beispielsweise Kugler, F.; Schwerdt, G.; Wößmann, L.: Ökonomische Methoden zur Evaluierung kausaler Effekte der Wirtschaftspolitik, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Vol. 15 (2), 2014, 105–132. – Schmidt, C. M.: Wirkungstreffer erzielen – Die Rolle der evidenzbasierten Politikberatung in einer aufgeklärten Gesellschaft, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Vol. 15 (3), 2014, 219–233. – Boockmann, B.; Buch, C. M.; Schnitzer, M.: Evidenzbasierte Wirtschaftspolitik in Deutschland: Defizite und Potentiale, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Vol. 15 (4), 2014, 307–323.

Zielgruppe des GRW-Programms sind vor allem Betriebe in strukturschwachen Regionen. Es liegt daher nahe, zunächst die Wirkungen dieses Programms auf betriebliche Zielgrößen zu untersuchen, auch wenn das Hauptanliegen des Programms die Schaffung zusätzlichen Einkommens in strukturschwachen Regionen ist. Sollten sich auf der kleinstmöglichen Analyseebene keine Wirkungen zeigen, so sind Effekte auf der regionalen Ebene unwahrscheinlich. Auf der anderen Seite darf man bei Vorliegen von positiven Effekten auf der Betriebsebene allerdings nicht schlussfolgern, dass auch der Effekt für die gesamte Region positiv wird. Möglich sind etwa Verlagerungseffekte von den nicht geförderten zu den geförderten Betrieben, wodurch der Effekt für die Region null wäre.

Der folgende Abschnitt erläutert die wesentlichen Charakteristika des Programms. Darauf folgt die Vorstellung einer Pilotstudie für das Land Sachsen-Anhalt. Abschließend werden die Ergebnisse der Pilotstudie diskutiert und in den wirtschaftspolitischen Kontext eingeordnet.

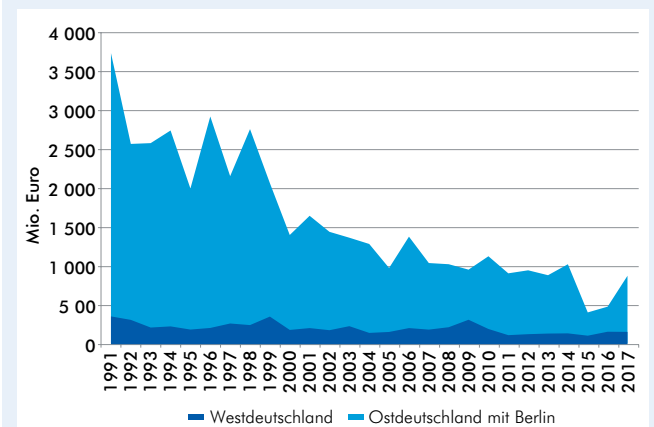
### Das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

Das grundlegende Ziel der GRW – die Schaffung zusätzlichen Einkommens – wurde bislang vorrangig über die mit der GRW-Förderung verbundene Pflicht zur Sicherung und Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze adressiert. Zu evaluieren ist, ob dieses Ziel erreicht wurde und ob darüber hinaus Effekte des Programms auf andere wichtige ökonomische Zielgrößen wie z. B. Umsatz und Produktivität bestehen.

Nicht alle Betriebe in Deutschland haben Zugang zur GRW-Förderung. Die Festlegung des regional differenzierten Zugangs zur GRW-Förderung erfolgt anhand eines aus verschiedenen Teilindikatoren zusammengesetzten Strukturschwächeindicators und eines von der Europäischen Union festgelegten Anteils der in Fördergebieten lebenden Bevölkerung. Verantwortlich für die Auswahl der geförderten Projekte ist das jeweilige Land, in dem das GRW-Projekt beantragt wird.<sup>4</sup>

4 Vgl. Alm, B.; Fisch, G.: Aufgaben, Instrumente und Perspektiven der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, in: H.-H. Eberstein, H. Karl, G. Untiedt (Hrsg.): *Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung (Loseblattwerk)*, Teil C, Abschnitt III. Köln: Verlag Dr. Otto Schmidt 2014.

**Abbildung 1**  
Bewilligte Zuschüsse für Betriebsstätten der gewerblichen Wirtschaft von 1991 bis 2017



Quelle: IWH (Hrsg.): Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Halle (Saale) 2019, 47.

Das Volumen der Förderung ist beträchtlich. Im Zeitraum von 1991 bis 2017 setzten der Bund und die Länder GRW-Mittel im Umfang von 48 Mrd. Euro für die Unterstützung betrieblicher Investitionen ein. Der Löwenanteil der GRW-Mittel floss in die Neuen Länder einschließlich Berlin (vgl. Abbildung 1). Im genannten Zeitraum wurden in Ostdeutschland Zuschüsse in Höhe von 42 Mrd. Euro eingesetzt.

Das Fördervolumen ist seit Ende der 1990er Jahre massiv zurückgegangen. Die dominante Rolle Ostdeutschlands in diesem Förderprogramm besteht nach wie vor, wenn auch auf geringerem Niveau.<sup>5</sup>

Das Gros der Mittel in den Neuen Ländern – pro Erwerbstätigen gerechnet – ist in Industriestandorte geflossen (vgl. Abbildung 2). Hierzu zählen vor allem die Kreise Anhalt-Bitterfeld und Saalekreis in Sachsen-Anhalt sowie Teltow-Fläming und Oberspreewald-Lausitz im Land Brandenburg.<sup>6</sup>

Aufgrund des enormen Umfangs an Mitteln für betriebliche Investitionen zur Stärkung der Wirtschaftskraft in den Regionen liegt die Frage nahe, was diese Subventionen bewirkt haben.<sup>7</sup> Schließlich hätte die öffentliche Hand diese Mittel auch in alternative Verwendungen geben können.

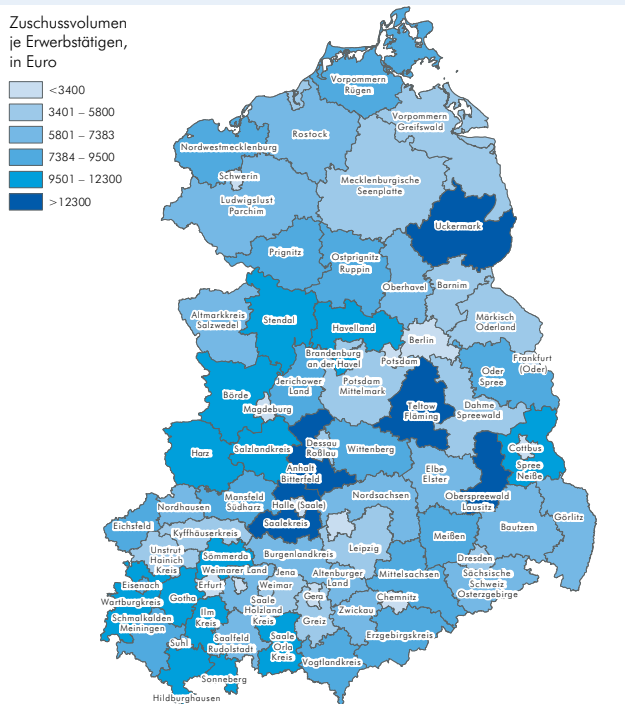
5 Vgl. IWH (Hrsg.): Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Halle (Saale) 2019, 47.

6 Vgl. ebenda.

7 Die Ergebnisse vorhandener Studien zu dieser Thematik diskutiert etwa der Beitrag Alm, B.; Titze, M.: Evaluation der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, in: H.-H. Eberstein, H. Karl, G. Untiedt (Hrsg.), a. a. O.

**Abbildung 2****Regionale Verteilung der Subventionen für Investitionen**

Zuschussvolumen in der GRW 1991 bis 2017 (Summe) pro Erwerbstätigen (Durchschnitt 2000 bis 2015)



Quelle: IWH (Hrsg.): Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Halle (Saale) 2019, 47.

## Identifikation von Effekten betrieblicher Investitionsförderung – Ergebnisse einer Pilotstudie für Sachsen-Anhalt

Die große Herausforderung besteht darin, ein überzeugendes Kontrollgruppendesign unter den Bedingungen gegebener GRW-Förderregeln für die zur Verfügung stehenden Daten zu entwickeln. In einer Pilotstudie für das Land Sachsen-Anhalt wurden die Effekte des GRW-Programms auf die wirtschaftspolitischen Zielgrößen Veränderung von *Beschäftigung*, *Umsatz*, *Investitionen* und *Arbeitsproduktivität* in den geförderten Betrieben analysiert.<sup>8</sup>

Bei den genannten Größen handelt es sich um zentrale Variablen der Produktionsfunktion: Vereinfacht dargestellt ist der Output (hier gemessen durch den Umsatz) eine Funktion des Einsatzes an Arbeit (Anzahl der Beschäftigten), Vorleistungen und Kapital (hier ab-

gebildet über die Investitionen). Die vierte Größe, die Arbeitsproduktivität (Umsatz je Beschäftigten), repräsentiert das zentrale Maß für Wettbewerbsfähigkeit, das heißt die Fähigkeit, sich am Markt zu behaupten und zu wachsen. Die (Arbeits-)Produktivität kann bei gegebenem Beschäftigungswachstum nur dann steigen, wenn das Umsatzwachstum größer ausfällt als die Zunahme der Beschäftigung. Zudem ist zu befürchten, dass Projekte, die nur aufgrund der Förderung umgesetzt werden, eine geringere Produktivität aufweisen als Projekte, die die Investoren auch ohne staatliche Unterstützung umgesetzt hätten. Aus Sicht der Fördermittelgeber besteht daher möglicherweise ein Zielkonflikt zwischen dem Beschäftigungs- und dem Produktivitätswachstum.

Die in der Pilotstudie für Sachsen-Anhalt angewendete Methode beruht auf einem Standardansatz in der Evaluationsliteratur, dem Differenz-von-Differenzen-Ansatz. Die Idee dieser Methode basiert darauf, für die Gruppe der geförderten und nicht geförderten Unternehmen (also die Behandlungsgruppe und die Kontrollgruppe) jeweils eine Differenz der Zielgrößen (im vorliegenden Fall Beschäftigung, Umsatz, Investitionen und Produktivität) vor der Förderung und danach zu bestimmen. Als Effekt der Förderung wird die Differenz der Gruppendifferenzen interpretiert.

Zur Behandlungsgruppe gehören alle Ein-Betriebs-Unternehmen in Sachsen-Anhalt, die zwischen 2007 und 2013 im Rahmen der GRW gefördert wurden. Die potenzielle Kontrollgruppe bilden Unternehmen, die keinen Zugang zur GRW-Förderung hatten, da sie im Nicht-Fördergebiet – also in bestimmten Regionen Westdeutschlands – ansässig sind. Die Informationen über Unternehmensmerkmale für die geförderten und nicht geförderten Unternehmen stammen aus den Amtlichen Firmendaten für Deutschland (AFiD), die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder bereitgestellt werden. Bei diesem Datensatz handelt es sich um eine Vollerhebung für Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe sowie dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden mit mehr als 20 Mitarbeitenden.

Der in der Pilotstudie verwendete Ansatz beruht auf der Annahme, dass sich die geförderten Unternehmen mit dem gleichen Trend wie die nicht geförderten entwickelt hätten. Die Pilotstudie adressiert diesen Aspekt, indem sie nur diejenigen nicht geförderten Unternehmen für die Bildung der Kontrollgruppe berücksichtigt, die den geförderten Unternehmen in wichtigen Unternehmenscharakteristiken soweit wie möglich ähneln. Hierfür kommt eine Variante eines


<sup>8</sup> Die folgenden Ausführungen basieren auf *Brachert, M.; Dettmann, E.; Titze, M.: Public Investment Subsidies and Firm Performance – Evidence from Germany*, in: *Journal of Economics and Statistics*, Vol. 238 (2), 2018, 103–124.

Matching-Verfahrens zur Anwendung, das „statistische Zwillinge“ zu den geförderten Unternehmen aus der Gruppe der nicht geförderten auswählt.<sup>9</sup>

Im Zeitraum von 2007 bis 2013 wurden in Sachsen-Anhalt etwa 1 700 Projekte von ca. 1 200 Betrieben unterstützt. Die Subventionen betragen knapp 1,4 Mrd. Euro. Die mit Hilfe der GRW finanzierten Investitionen hatten ein Gesamtvolumen von 7,4 Mrd. Euro. Im Ergebnis zeigt sich, dass die GRW-Förderung einen positiven Effekt auf die Beschäftigung in den geförderten Unternehmen hatte. Hierfür wurden die Unternehmen bis zu sechs Jahre nach dem Beginn der Förderung beobachtet. Der Effekt auf die Investitionen ist nur während der Investitionsphase nachweisbar. Ein Effekt auf Produktivität und Umsatz konnte nicht identifiziert werden.<sup>10</sup>

Die Ergebnisse zeigen, dass die GRW in Sachsen-Anhalt einen Beitrag zur Sicherung vorhandener und zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in den geförderten Unternehmen leistet. Die Studie liefert keinen Beleg dafür, dass ausschließlich unproduktive Arbeitsplätze gefördert wurden. Tatsächlich war der Koeffizient, der in der statistischen Analyse den Einfluss der Förderung auf die Arbeitsproduktivität angibt, zwar negativ, jedoch nicht statistisch signifikant. Es liegt deswegen nahe, dass die zusätzliche Beschäftigung eine ähnliche Produktivität aufweist wie die ungeforderte Beschäftigung in den Betrieben der westdeutschen Kontrollgruppe.

Die zukünftige Forschung sollte sich zunächst darauf konzentrieren, die Validität der Ergebnisse zu verbessern, insbesondere indem auch die Betriebe aus den übrigen geförderten Regionen Deutschlands in die Analyse einbezogen werden. Ein weiterer wichtiger Strang zukünftiger Forschung sollte sich dem Zusammenspiel zwischen dem Arbeitsplatz- und dem Produktivitätsziel widmen. Es ist nämlich erst noch der Nachweis zu erbringen, ob die Arbeitsplätze in den geförderten Unternehmen wirklich dauerhaft bestehen können, wenn es den Unternehmen nicht gelingt, ihre Produktivität gegenüber den vergleichbaren nicht geförderten Unternehmen zu steigern. Es wäre dann zu

hinterfragen, ob damit dem Hauptanliegen der GRW – der Schaffung von zusätzlichen Einkommensquellen, um das Gesamteinkommen in der Region deutlich zu erhöhen – genüge getan wäre. Aktuell diskutiert die Politik die Neuabgrenzung von Fördergebieten für die Förderperiode ab 2021. Im Gegensatz zu früheren Förderperioden wird erwogen, die Produktivität der Regionen bei der Bestimmung ihrer Strukturschwäche zu berücksichtigen, was bislang nicht der Fall war. Danach würden vor allem jene Regionen zum Fördergebiet ernannt, deren Produktivität besonders gering ist.<sup>11</sup> In Zeiten des Fachkräftemangels muss es gelingen, das Einkommen in den strukturschwachen Regionen ohne zusätzliche Arbeitskräfte zu steigern. Dies gelingt nur über eine Erhöhung der Produktivität. 

11 Vgl. *Maretzke, S.; Ragnitz, J.; Untiedt, G.: Betrachtung und Analyse von Regionalindikatoren zur Vorbereitung des GRW-Fördergebietes ab 2021 (Raumbeobachtung). Endbericht zum 29. Oktober 2018 – Korrigierte Fassung (April 2019). Gutachten (Projekt-Nr. 043/17) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Münster, Dresden, Bonn 2019.*



**Dr. Matthias Brachert**

Zentrum für evidenzbasierte Politikberatung (IWH-CEP)

[Matthias.Brachert@iwh-halle.de](mailto:Matthias.Brachert@iwh-halle.de)



**Dr. Eva Dettmann**

Stellvertretende Leiterin des Zentrums für evidenzbasierte Politikberatung (IWH-CEP)

[Eva.Dettmann@iwh-halle.de](mailto:Eva.Dettmann@iwh-halle.de)



**PD Dr. Mirko Titze**

Leiter des Zentrums für evidenzbasierte Politikberatung (IWH-CEP)

[Mirko.Titze@iwh-halle.de](mailto:Mirko.Titze@iwh-halle.de)

9 Die Pilotstudie filtert die Kontrollgruppe anhand der folgenden Kriterien aus den nicht geförderten Unternehmen heraus: gleiche Zugehörigkeit zur Klassifikation der Wirtschaftszweige auf 4-Steller-Ebene, vergleichbares Niveau bei Beschäftigung, Investitionen Exportanteil und Produktivität.

10 Die Ergebnisse stehen im Einklang mit der internationalen Literatur, vgl. hierzu insbesondere *Neumark, D.; Simpson, H.: Place-based Policies*, in: G. Duranton, J. V. Henderson, W. C. Strange (eds): *Handbook of Regional and Urban Economics*, Vol. 5B, Amsterdam et al.: Elsevier 2015, 1197–1287, hier speziell 1259.



# IWH-Transfertagung „Europas Finanzmarkt: Zwangsehe oder lose Bekanntschaft?“

Sithara Thies

Ein Jahrzehnt nach der weltweiten Finanzkrise steht das Finanzsystem noch immer vor enormen Herausforderungen. Wie diese in Europa gemeistert werden können, war Thema einer hochkarätig besetzten Tagung, die am 26. Februar 2020 am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) stattfand.

*JEL-Klassifikation: G01, G15, G18, G21*

*Schlagwörter: Finanzmärkte, Finanzkrise, Europa, Europäische Bankenunion, Transformation, evidenzbasierte Politik*

Zur Eröffnung der Konferenz<sup>1</sup> sprach *Claudia M. Buch*, Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank, zum Thema „Transformation und Finanzmärkte: Die Rolle evidenzbasierter Politik“. Am Beispiel Ostdeutschlands analysierte sie, ob evidenzbasierte Politik in Transformationsprozessen Anwendung finden kann, da Erstere sich an der Vergangenheit orientiert, Transformationsprozesse aber auf die Zukunft gerichtet sind. Durch die (steuerliche) Förderung des Bausektors in Ostdeutschland nach der Wende entstanden signifikante realwirtschaftliche Effekte und letztendlich auch eine Immobilienblase. Evaluierungen sind somit sehr wichtig, um Wirkungsprozesse zu verstehen und – neben dem Einfluss vieler anderer Faktoren – auch die Effekte der Förderung auswerten zu können. Dies wiederum ermöglicht zielgerichtetes politisches Handeln.

*Moritz Schularick*, Professor an der Universität Bonn, begann seinen Vortrag mit einem Zitat von Mark Twain: „What gets us into trouble is not what we don't know. It's what we know for sure that just ain't so.“ Sein Vortrag „Kreditzyklen und Finanzstabilität“ erörterte, was wir bisher über Finanzkrisen wissen, was wir glauben zu wissen, aber nicht stimmt, und was wichtig ist, wir jedoch noch nicht verstehen. Der Fokus lag dabei auf Anreizsystemen, die vermeintlich zu der letzten Finanzkrise geführt haben, und auf verhaltensökonomischen Einsichten, insbesondere im Hinblick auf fehlerhafte Erwartungen.



Claudia M. Buch, Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank, während ihres Eröffnungsvortrags. Foto: IWH.



Moritz Schularick, Professor an der Universität Bonn, zitierte Mark Twain. Foto: IWH.

<sup>1</sup> Das Programm der Konferenz steht auf der [Konferenz-Website](#) zum Download zur Verfügung.



Jörg Rocholl, Präsident der European School of Management and Technology (ESMT Berlin), setzte Apple und die Dax-30-Unternehmen ins Verhältnis.  
Foto: IWH.

Der Präsident der European School of Management and Technology (ESMT Berlin), *Jörg Rocholl*, beschäftigte sich im dritten Vortrag des Vormittags mit der „Integration der Finanzmärkte in der Europäischen Union“. Er stellte zwei Narrative zu diesem Thema vor: ein pessimistisches und ein optimistisches. Ersteres machte er an unterschiedlichsten Beispielen fest, etwa der Tatsache, dass Apples Marktkapitalisierung die aller Dax-30-Unternehmen zusammen übersteigt, oder daran, dass ein einziger Jahresgewinn der Bank of America ausreichen würde, um die Deutsche Bank aufzukaufen. Auf der anderen Seite wurde Deutschland von Bloomberg zum innovationsstärksten Land gekürt. Wie das zusammenpasst und was getan werden muss, damit Europa nicht abgehängt wird, erläuterte der verbleibende Teil des Vortrags.

*Michael Koetter*, Leiter der Abteilung Finanzmärkte am IWH und Professor an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, präsentierte zum Thema „Ertragsschwäche und (zu träge) Konsolidierung im Bankwesen“ und stellte die Frage, ob politische Friktionen eine notwendige Konsolidierung blockieren. Der Hintergrund, warum deutsche Banken im Gegensatz zu amerikanischen für Investoren unattraktiv sind, zeigt sich im niedrigen *return on equity*, da zu viele Banken im System sind. Kausaleffekte konnten mit Hilfe eines Quasi-Experiments herausgefiltert werden und zeigten, dass mit weniger Barrieren konsolidierte Banken profitabler sind.

Im Anschluss stellte *Lena Tonzer*, Leiterin der IWH-Forschungsgruppe „Regulierung internationaler Finanzmärkte und Banken“ und Juniorprofessorin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, das Thema „Der Abwicklungsmechanismus der Europäi-

schen Bankenunion: Wer trägt die Kosten?“ vor. Der einheitliche Abwicklungsmechanismus soll verhindern, dass Banken im Krisenfall zu Lasten des Steuerzahlers gerettet werden. Allerdings kann es auch sein, dass die regulatorischen Kosten von den Banken an ihre Kunden weitergegeben werden und sich somit wiederum auf die Realwirtschaft auswirken. Die Analyse zeigt, dass sich die Finanzierungskosten der Banken verändern. Die Richtung dieser Veränderung ist jedoch standortabhängig, da nur Banken in den Kernländern der EU eine höhere Risikoprämie zeigen.




Michael Koetter, Leiter der Abteilung Finanzmärkte am IWH und Professor an der Universität Magdeburg: „Es sind zu viele Banken im System.“  
Foto: IWH.



Lena Tonzer, Juniorprofessorin an der Universität Halle-Wittenberg, beleuchtete die Auswirkungen des einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken.  
Foto: IWH.

Den Abschluss der Konferenz bildete eine Podiumsdiskussion am Nachmittag zum Thema „Europäische Finanzmarktunion: Zu viel des Guten, nicht gut genug oder genug Gutes?“. Es diskutierten *Sabine Lautenschläger*, ehemalige Exekutivdirektorin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Vizepräsidentin der Bundesbank und Direktorin der Europäischen

Zentralbank, *Sven Giegold*, Grünen-Abgeordneter im Europaparlament, *Axel Kunde*, Leiter der Abteilung „Resolution Planning and Execution“ des Single Resolution Board (SRB) in Brüssel und *Reint E. Gropp*, Präsident des IWH und Professor an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Die Podiumsgäste waren sich einig, dass die Finanzmarktunion noch nicht gut genug sei, auch wenn schon viel Gutes erreicht wurde. Es wurden unter anderem die Themen der Effektivität des Abwicklungsregimes und der Ziele der Bankenunion versus der Kapitalmarktunion angesprochen. Einige Unstimmigkeiten bestanden in der Frage, wer in der Verantwortung steht, die weitere Integration voranzutreiben: Sollten die einzelnen Nationalstaaten mehr tun bei der Umsetzung nationaler Gesetze oder sollte die EU zuerst einheitliche Gesetze verabschieden? Außerdem wurden verschiedene Krisenphänomene wie der Brexit und der Klimawandel benannt, denen auch in der Zukunft nur durch ein Mehr an Finanzmarktintegration zu begegnen sei. 



Podiumsdiskussion: Margaret Heckel (Moderatorin), Sven Giegold, Sabine Lautenschläger, Reint E. Gropp, Axel Kunde (von links nach rechts).  
Foto: IWH.



Sithara Thies

Abteilung Finanzmärkte

[Sithara.Thies@iwh-halle.de](mailto:Sithara.Thies@iwh-halle.de)

## Meldungen



Trotz Krisenstimmung blieb die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im März und April 2020 auf Vorjahresniveau. Das zeigt der erstmals veröffentlichte **IWH-Insolvenztrend**. Das IWH liefert damit ab sofort und deutlich vor der amtlichen Statistik ein monatliches Update zum bundesweiten Insolvenzgeschehen.

[IWH-Pressmitteilung](#)

[Webpräsenz der IWH-Insolvenzforschung](#)



Das IWH ist als Partner der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) Teil des neuen **Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)**. An dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsverbund sind elf Hochschulen und Institute beteiligt. Das neue Institut soll aktuelle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt relevante gesellschaftliche Trends und Entwicklungen sowie ihre historischen Wurzeln identifizieren und interdisziplinär analysieren.

[MLU-Pressmitteilung](#)

[Information des BMBF](#)

*Wirtschaft unter Schock –  
Finanzpolitik hält dagegen*



**Prognose in der Krise:** Das IWH hat in seiner **Frühjahrsprognose** im März und Anfang April in der **Gemeinschaftsdiagnose** zusammen mit den anderen deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie intensiv untersucht. Erstmals seit ihrem Start 1950 wurde die Gemeinschaftsdiagnose vollständig im virtuellen Austausch der Beteiligten erarbeitet. Auch die abschließende **Pressekonferenz** fand als Videokonferenz statt.

## Veranstaltungen



### Mittwoch, 26. Februar 2020, Halle (Saale) Europas Finanzmarkt: Zwangsehe oder lose Bekanntschaft?

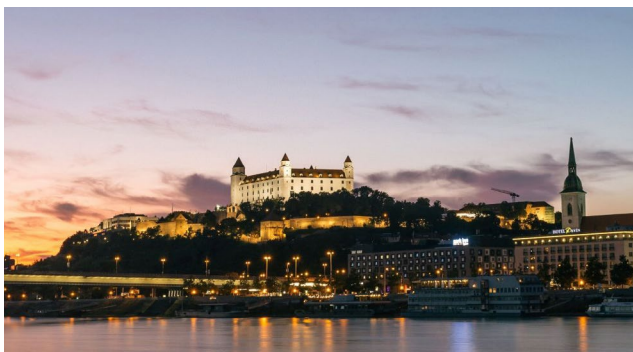
Im Fokus der diesjährigen IWH-Transfertagung standen Forschungsergebnisse zur Finanzmarktintegration in Europa, zu langfristigen Kreditzyklen und zum Zusammenhang von Gebietsreformen und Banken. [Claudia Buch](#), Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank, hielt den Eröffnungsvortrag (Bild). Ein lebhaftes Podiumsgespräch zur europäischen Finanzmarktunion beschloss die Veranstaltung.

[Eröffnungsvortrag](#)



### Donnerstag, 26. März 2020, Halle (Saale) Girls' Day 2020 @ Home

Wegen des Coronavirus konnten wir dieses Jahr keine Schülerinnen zum Girls' Day ans IWH einladen. Deswegen entwickelte Juniorprofessorin [Lena Tonzer](#) ein digitales Angebot: [Wirtschaft in Gefahr: Wie reagiert die Europäische Zentralbank auf den Corona-Schock?](#) Außerdem konnten sich die Schülerinnen mit Juniorprofessor [Felix Noth](#) via Zoom über Banken, das aktuelle Wirtschaftsgeschehen und das Arbeiten in der Wissenschaft austauschen.



### UPCOMING: Montag, 22. Juni bis Mittwoch, 24. Juni 2020, Nationalbank der Slowakei, Bratislava Virtual Conference on Sustainable Development, Firm Performance, and Competitiveness Policies in Small Open Economies

Das Programm umfasst Sessions zu Finance und Wachstum, globalen Wertschöpfungsketten, Mikroindikatoren zur Politikanalyse und ein Panel zu den Folgen von Covid-19 für die Produktivität. Keynote Speaker ist [Robert B. Koopman](#), Chefökonom der Welt handelsorganisation (WTO).

## Veranstaltungen



**UPCOMING:** Montag, 17. August und Dienstag, 18. August 2020, Halle (Saale)

### 6th IWH-FIN-FIRE Workshop on “Challenges to Financial Stability”

Die Regulierung des Finanzsektors, die resultierenden Wirkungen auf die Finanzstabilität und die einhergehenden Konsequenzen für die Realwirtschaft stehen im Zentrum des Workshops. Keynote Speaker ist [Daniel Paravisini](#), London School of Economics (LSE).



**UPCOMING:** Montag, 21. und Dienstag, 22. September 2020, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main

### 9th CompNet Annual Conference 2020

Die Jahreskonferenz steht diesmal unter dem Thema „Trade and Financial Flows in the Era of ‘Post-Globalisation’: A European Perspective“. Keynote Speakers: [Emmanuel Farhi](#) und [Marc Melitz](#) (beide Harvard University).

## Publikationen

British Journal of Industrial Relations

### [Birds, Birds, Birds: Co-Worker Similarity, Workplace Diversity and Job Switches](#)

*Boris Hirsch, E. J. Jahn, T. Zwick*

>>We investigate how the demographic composition of the workforce along the sex, nationality, education, age and tenure dimensions affects job switches. For large manufacturing plants in Germany during 1975–2016, we find that larger co-worker similarity in all five dimensions substantially depresses job-to-job moves, whereas workplace diversity is of limited importance. ...<<

Empirica – Journal of European Economics

### [The Appropriateness of the Macroeconomic Imbalance Procedure for Central and Eastern European Countries](#)

*G. Dany-Knedlik, Martina Kämpfe, T. Knedlik*

>>The European Commission's Scoreboard of Macroeconomic Imbalances is a rare case of a publicly released early warning system. It was published first time in 2012 by the European Commission as a reaction to public debt crises in Europe. ...<<

Empirical Economics

### [Nowcasting East German GDP Growth: a MIDAS Approach](#)

*João C. Claudio, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller*

>>So far, regional GDP forecasts do not play an important role in public budget planning. We provide a new quarterly time series for East German GDP and develop a forecasting approach for East German GDP that takes data availability in real time and regional economic indicators into account. ...<<

Energy

### [Coal Phase-out in Germany – Implications and Policies for Affected Regions](#)

*P.-Y. Oei, H. Hermann, P. Herpich, Oliver Holtemöller, B. Lünenbürger, Christoph Schult*

>>Soft-linking an energy system model with an input-output model and a regional macroeconomic model, we simulate the socio-economic effects of the phase-out in the lignite regions, as well as in the rest of Germany. ...<<

Financial Markets, Institutions and Instruments

### [The Income Elasticity of Mortgage Loan Demand](#)

*M. D. Delis, Iftekhar Hasan, C. Tsoumas*

>>One explanation for the emergence of the housing market bubble and the subprime crisis is that increases in individuals' income led to higher increases in the amount of mortgage loans demanded, especially for the middle class. ...<<

International Review of Financial Analysis

### [Entrenchment Through Corporate Social Responsibility: Evidence from CEO Network Centrality](#)

*S. Chahine, Y. Fang, Iftekhar Hasan, M. Mazboudi*

>>This paper investigates whether CEOs with high network centrality entrench themselves when taking CSR decisions and how that affects firm value. Evidence portrays that CSR in firms with more central CEOs is negatively associated with firm-value, and this association is mitigated by better corporate governance mechanisms and by geographic areas of higher social capital. ...<<

## Publikationen

Journal of Evolutionary Economics

### Structural Stability of the Research & Development Sector in European Economies Despite the Economic Crisis

*J. Günther, M. Kristalova, Udo Ludwig*

>>When an external shock such as the economic crisis in 2008/2009 occurs, the interconnectedness of sectors can be affected. This paper investigates whether the R&D sector experienced changes in its sectoral integration through the recession. ...<<

Journal of International Financial Markets, Institutions and Money

### Comparing Financial Transparency Between For-profit and Nonprofit Suppliers of Public Goods: Evidence from Microfinance

*J. W. Goodell, A. Goyal, Iftekhar Hasan*

>>We examine the impact of for-profit versus nonprofit status on the financial transparency of firms engaged with supplying public goods. We find that financial transparency is positively associated with a for-profit status. ...<<

LABOUR

### Who Buffers Income Losses after Job Displacement? The Role of Alternative Income Sources, the Family, and the State

*Daniel Fackler, Eva Weigt*

>>Using survey data from the German Socio-Economic Panel (SOEP), this paper analyses the extent to which alternative income sources, reactions within the household context, and redistribution by the state attenuate earnings losses after job displacement. ...<<

List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik

### Industrielle Kerne in Ostdeutschland und ihre Interaktion mit dem regionalen Umfeld – vier Fallbeispiele

*Gerhard Heimpold*

>>Der Beitrag hat die Entwicklung ausgewählter industrieller Kerne in Ostdeutschland seit 1990 zum Gegenstand. Bei den industriellen Kernen handelte es sich um ehemalige volkseigene Betriebe, die die Treuhandanstalt als sanierungsfähig ansah, für die sich jedoch kurzfristig keine Käufer fanden. ...<<

Regional Science and Urban Economics

### The Regional Effects of a Place-based Policy – Causal Evidence from Germany

*Matthias Brachert, Eva Dettmann, Mirko Titze*

>>The German government provides discretionary investment grants to structurally weak regions in order to reduce regional inequality. We use a regression discontinuity design that exploits an exogenous discrete jump in the probability of regional actors to receive investment grants to identify the causal effects of the policy. ...<<

VOX CEPR Policy Portal

### Resolving the Missing Deflation and Inflation Puzzles

*J. Lindé, Mathias Trabandt*

>>The alleged breakdown of the Phillips curve has left monetary policy researchers and central bankers wondering if we need to develop completely new models for price and wage determination. This column argues that a relatively small alteration of the standard New Keynesian model, combined with using the nonlinear instead of the linearised solution, is sufficient to resolve the two puzzles. ...<<



## Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 1/2020

### Intangible Capital and Productivity. Firm-level Evidence from German Manufacturing

*W. Kaus, Viktor Slavtchev, M. Zimmermann*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 2/2020

### Financial Linkages and Sectoral Business Cycle Synchronisation: Evidence from Europe

*Hannes Böhm, J. Schaumburg, Lena Tonzer*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 3/2020

### flexpanelid: A Stata Toolbox for Causal Analysis with Varying Treatment Time and Duration

*Eva Dettmann, Alexander Giebler, A. Weyh*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 4/2020

### Integrated Assessment of Epidemic and Economic Dynamics

*Oliver Holtemöller*

IWH Discussion Papers No. 5/2020

### Asymmetric Investment Responses to Firm-specific Forecast Errors

*J. Berner, Manuel Buchholz, Lena Tonzer*

## Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 1/2020

### Alterung, Braunkohleausstieg und Klimapaket: Finanzpolitische Konsequenzen in Deutschland bis 2024

>>Nach der Mittelfristprojektion des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wird das Wachstum in Deutschland in den Jahren bis 2024 aufgrund der bald sinkenden Erwerbsbevölkerung spürbar zurückgehen. ...<<

IWH-Pressemitteilung 2/2020

### Ursachen von Populismus: IWH beginnt internationales Forschungsprojekt

>>Hat das Erstarken von populistischen Parteien ökonomische Ursachen? Diese brisante Frage untersucht das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) ab sofort federführend zusammen mit Forschenden aus England, Schottland und Tschechien. ...<<

IWH-Pressemitteilung 4/2020

### Konjunktur aktuell: Wirtschaft im Bann der Corona-Epidemie

>>Die Corona-Epidemie blockiert die konjunkturelle Erholung in Deutschland. Aus dem Ausland fällt Nachfrage aus, im Inland wird Konsum, soweit er Infektionsrisiken mit sich bringt, unterlassen, und Investitionen werden aufgeschoben. ...<<

## Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 5/2020

### Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2020: Wirtschaft unter Schock – Finanzpolitik hält dagegen

>>Die Corona-Pandemie löst eine schwerwiegende Rezession in Deutschland aus. Die Wirtschaftsleistung wird in diesem Jahr um 4,2% schrumpfen. Das erwarten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten. Für das kommende Jahr sagen sie eine Erholung und ein Wachstum von 5,8% voraus. ...<<

IWH-Pressemitteilung 6/2020

### Der Einbruch der Wirtschaft infolge der Corona-Pandemie dürfte in Ostdeutschland etwas schwächer ausfallen als im Westen – Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2020 und amtlicher Länderdaten für die ostdeutsche Wirtschaft

>>Das vom Einbruch besonders betroffene Verarbeitende Gewerbe hat in Ostdeutschland ein geringeres Gewicht als in Deutschland insgesamt, während die öffentlichen Dienstleister, deren Produktion recht stabil bleiben dürfte, im Osten eine größere Rolle spielen als im Westen. ...<<

IWH-Pressemitteilung 7/2020

### Start für IWH-Insolvenztrend: Zahl der Firmenpleiten trotz Coronakrise konstant

>>Trotz Krisenstimmung blieb die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im März und April 2020 auf Vorjahresniveau. Das zeigt der heute erstmals veröffentlichte IWH-Insolvenztrend. ...<<

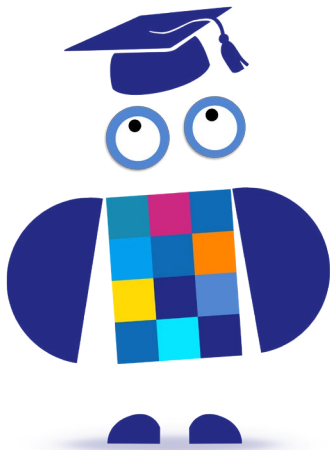
## Das IWH in den Medien

*Oliver Holtemöller*: Bericht: „Shutdown, leere Auftragsbücher, Kurzarbeit – wie lange kann das gut gehen?“  
in: ARD Plusminus, 8. April 2020

*IWH*: Gastbeitrag von Ufuk Akcigit mit Verweis auf sein Forschungsprojekt am IWH: „Tückische Trägheit“  
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Januar 2020

*Reint E. Groppe*: Interview zu den Ergebnissen des Kohlegipfels: „Kohle-Kompromiss wird Probleme in der Lausitz und an der Saale verschlimmern“  
in: Wirtschaftswoche, 17. Januar 2020

## Personalien



### Erfolgreich promoviert

*Aida Ćumurović* verteidigte am 23.10.2019 an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ihre Dissertation „Essays on Financial Literacy and Behavioral Economics“.

*Felix Pohle* verteidigte am 28.10.2019 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg seine Doktorarbeit „Labour Market Institutions and Employment“.

*Kirsten Schmidt* verteidigte am 18.12.2019 an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ihre Dissertation „Four Essays on Banking Regulation and Monetary Policy.“

*Matthias Mertens* verteidigte am 15.04.2020 an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg seine Doktorarbeit „The Effects of International Product Market Competition and Demand on Firm Productivity and Labor Market Power“.

*Chris Becker* verteidigte am 07.05.2020 an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg seine Dissertation „Essays in Financial Market Intervention“.



Seit Januar 2020 ist **Dr. André Diegmann** wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Strukturwandel und Produktivität. Er forscht zu den Themen angewandte Mikroökonomie, Arbeitsmarktökonomik und Finanzwissenschaften. André Diegmann studierte an der Universität Kassel und wurde an der Universität Mannheim promoviert. Er wechselte vom Stab des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ans IWH.



Seit Februar 2020 ist **Sarah Fritz** Doktorandin im Zentrum für evidenzbasierte Politikberatung (IWH-CEP). Sie arbeitet dort mit am Aufbau einer evidenzbasierten Evaluationskultur für industriepolitische Subventionen (Projekt EVA-KULT). Sarah Fritz studierte am Deutsch-Französischen Campus von Sciences Po in Nancy und an der Bocconi-Universität in Mailand.



Seit April 2020 ist **Annika Backes** Doktorandin in der Abteilung Strukturwandel und Produktivität. Sie forscht zum Schwerpunkt Populismus und Globalisierung. Annika Backes studierte an der Universität Leipzig und verbrachte ein Auslandssemester an der Keio University in Tokio.



## Impressum

### Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.  
Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Professor Michael Koetter, Ph.D.  
Professor Dr. Steffen Müller

### Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning  
Layout und Satz: Peggy Krönung, Ingrid Dede  
Tel +49 345 7753 738/721  
Fax +49 345 7753 718  
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

### Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle  
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)  
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820  
[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Erscheinungsweise: bis zu 6 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,  
Beleg erbeten.

Titelbild: © fusion-medical-animation – unsplash.com  
Wirtschaft im Wandel, 26. Jahrgang  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. Mai 2020

ISSN 2194-2129